

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Höfken, Undine Kurth (Quedlinburg),  
Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/12307 –**

**Die gewerbliche Haltung von Mast- und Zuchtkaninchen in Deutschland und der  
Europäischen Union deutlich verbessern**

### **A. Problem**

Immer wieder berichten Medien mit aufrüttelnden Bildern über Fälle tierschutzwidriger Intensivhaltung von Kaninchen und deren Transport. Haltungsvorschriften und genaue Zahlen über den Umfang der gewerblichen Haltung von Kaninchen fehlen sowohl auf deutscher als auch auf EU-Ebene. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die konventionelle Käfighaltung im Hinblick auf die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, der Bodengestaltung und der mangelnden Beschäftigungsmöglichkeiten tierschutzrechtlich problematisch ist.

Daher sind Vorschriften zu erlassen, die geeignet sind, dem Tierschutz in diesem Bereich größere Geltung zu verschaffen.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU,  
SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/12307 abzulehnen.

Berlin, den 13. Mai 2009

### **Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

**Ulrike Höfken**  
Vorsitzende  
und Berichterstatterin

**Dr. Peter Jahr**  
Berichterstatter

**Dr. Wilhelm Priesmeier**  
Berichterstatter

**Hans-Michael Goldmann**  
Berichterstatter

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Dr. Peter Jahr, Dr. Wilhelm Priesmeier, Hans-Michael Goldmann, Dr. Kirsten Tackmann und Ulrike Höfken

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/12307** in seiner 217. Sitzung am 23. April 2009 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Immer wieder berichten Medien mit aufrüttelnden Bildern über Fälle tierschutzwidriger Intensivhaltung von Kaninchen und deren Transport. Haltungsvorschriften und genaue Zahlen über den Umfang der gewerblichen Haltung von Kaninchen fehlen sowohl auf deutscher als auch auf EU-Ebene. Schätzungen zufolge werden rund 20 Prozent des in Deutschland verzehrten Kaninchenfleisches aus Osteuropa und China importiert. Besonders in China sind die Haltungsbedingungen katastrophal. Daher ist eine Kennzeichnung nach Herkunft wichtig.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die konventionelle Käfighaltung im Hinblick auf die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, der Bodengestaltung und der mangelnden Beschäftigungsmöglichkeiten tierschutzrechtlich problematisch ist.

Daher sind Vorschriften zu erlassen, die geeignet sind, dem Tierschutz in diesem Bereich größere Geltung zu verschaffen, und die den Vollzugsbehörden ermöglichen würden, gegen tierschutzwidrige Haltungen entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Die Bundesregierung soll daher im Wesentlichen dazu aufgefordert werden,

- in die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung einen zusätzlichen Abschnitt mit Mindestanforderungen an das Halten von Kaninchen aufzunehmen;
- sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass europaweit artgerechte Mindesthaltungsvorschriften für Mastkaninchen beschlossen werden, und dass ein EU-weit verbindliches System der Herkunftskennzeichnung für tierische Produkte eingeführt wird;
- dafür Sorge zu tragen, dass der Bestand an Kaninchen und die Erzeugung von Kaninchenfleisch in Deutschland statistisch erfasst wird;
- sich in ihren Branchengesprächen mit Handelsunternehmen dafür einzusetzen, dass diese nur Kaninchenfleisch listen, das aus artgerechter Haltung stammt.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/12307 in seiner 90. Sitzung am 13. Mai 2009 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU,

SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

### IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/12307 in seiner 105. Sitzung am 13. Mai 2009 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, spezifische diesbezügliche Haltungsvorschriften gebe es in Europa nicht. Gegenwärtig berate der Ständige Ausschuss des europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen (Europarat) über Empfehlungen zur Haltung von Kaninchen. Allerdings dürfte dort in absehbarer Zeit kein konkretes Ergebnis zu erwarten sein. Man sei der Auffassung, dass Haltungsvorschriften bei der Kaninchenzucht erforderlich seien. Problematisch dabei seien die fehlenden Erkenntnisse. Deshalb habe die Bundesregierung die Justus-Liebig Universität Gießen mit einem entsprechenden Forschungsvorhaben beauftragt. Nach Auswertung aller Daten und Erkenntnisse beabsichtige das zuständige Ministerium, einen Entwurf für eine Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung zu erarbeiten, um Mindestanforderungen für den Schutz von Mastkaninchen zu definieren. Die Ergebnisse des Forschungsprojektes seien zunächst abzuwarten. Daher lehne man den Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, wissenschaftliche Untersuchungen seien nicht notwendig. Vielmehr reiche eine Besichtigung eines Betriebes für sogenannte Wirtschaftskaninchen aus. Man habe lange für die Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz gekämpft. Daher könne man sich auch als Regierungskoalition nicht aus der Thematik der Haltungsbedingungen von Kaninchen zurückziehen und auf eine wissenschaftliche Untersuchung verweisen. Dem vorliegenden Antrag könne man gegenwärtig jedoch nicht zustimmen. Allerdings müsse sich der Ausschuss mit den Inhalten befassen und der europäischen Ebene signalisieren, dass man in der Europäischen Union für andere Haltungsbedingungen eintrete.

Die **Fraktion der FDP** kritisierte, der vorliegende Antrag wolle auch die kleinstrukturierte häusliche Hobbyhaltung von Kaninchen regeln. Daher lehne man diesen ab. Die Kaninchenmasthaltung in Deutschland und Europa sei jedoch diskussionswürdig. Allerdings sei eine nahtlose Übertragung des Umgangs mit der Legehennenhaltung oder des Gedankens des Tierschutz-TÜV, der sich auf Stallbedingungen beziehe, auf die Masttierhaltung bei Kaninchen falsch.

Die **Fraktion DIE LINKE.** legte dar, eine Regelung sei dringend erforderlich. Man habe bereits beim Tierschutz-TÜV kritisiert, dass diese Thematik nicht in die Debatte eingespeist worden sei. Begrüßenswert wäre ein überfraktionelles Signal in Richtung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dass dringender diesbezüglicher Handlungsbedarf bestehe. Die gegenwärtige Handlungsunfähigkeit gehe in Richtung Skandal.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, der vorliegende Antrag beziehe sich auf die gewerbliche Haltung von Mast- und Zuchtkaninchen, die insgesamt auf unseren Märkten zu finden seien. Neben deutschen oder europäischen Beständen seien dies in erster Linie riesige Einfuhren aus asiatischen Ländern, wie etwa China, wo die Haltungsbedingungen für die Tiere empörend sein dürften. Daher setze man sich für die Erstellung eines diesbezüglichen, längst überfälligen Mindestanforderungskatalogs ein. Mit Blick auf die Importsituation wolle man ferner eine Herkunftsbezeichnung, um zumindest dem Verbraucher Hinweise geben zu können, aus welchen Haltungsformen die Tiere stammen könnten. Daher seien Branchengespräche notwendig, um auf die tierquälereiche Haltung in vielen Bereichen hinzuweisen.

Ferner wolle man anregen, dass der Handel u. a. mit seiner Marktmacht auf die Haltungsbedingungen Einfluss nehme, um eine zu anderen Nutztierarten vergleichbare Situation zu schaffen. Schließlich fordere man eine Bestandserfassung von serienmäßig hergestellten Stallbauten. Problematisch sei auch der fehlende Überblick, unter welchen Bedingungen diese Tiere gehalten würden, insbesondere auch vor dem Hintergrund von Tierseuchenbekämpfung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 16/12307 abzulehnen.

Berlin, den 13. Mai 2009

**Dr. Peter Jahr**  
Berichtersteller

**Dr. Wilhelm Priesmeier**  
Berichtersteller

**Hans-Michael Goldmann**  
Berichtersteller

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstellerin

**Ulrike Höfken**  
Berichterstellerin